

Was ist aus Putins
Demokratie-Rede
geworden?

Gute Worte – falsche Taten

Erich G. Fritz

Am 25. April jährte sich die Rede des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, zur Lage der Nation vor der Staatsduma, die ein flammendes, in der Formulierung klares Bekenntnis zur Entwicklung der Demokratie in Russland enthält. Kurze Zeit später hat er vor der internationalen Öffentlichkeit diese Aussage sogar noch verstärkt, um internationaler Kritik an zunehmend autokratischen Veränderungen in Russland entgegenzutreten.

Es scheint sinnvoll zu fragen, was aus den starken Ankündigungen des „lupenreinen Demokraten“ Putin (Schröder) geworden ist. Welche Bilanz kann im Blick auf die Demokratie-Entwicklung in Russland gezogen und welcher Ausblick kann gegeben werden?

Putins Politik wird nach wie vor von einer Mehrzahl der Russen in Umfragen unterstützt, nur eine verschwindende Minderheit würde heute eine denkbare Opposition in die Verantwortung wählen. Dies ist jedoch kein Beweis für eine demokratische Entwicklung, geben doch gleichzeitig fast genauso viele Menschen an, jetzt wieder Angst vor den „Staatsorganen“ wie der Polizei zu haben. Vielmehr ist die Zustimmung die Bestätigung für Putin, dass er die politischen Grundbedürfnisse der meisten Russen richtig eingeschätzt hat. Sie honorieren, dass die Rolle des Staates gestärkt worden ist, Ordnung das Chaos der Jelzin-Zeit abgelöst hat und die Profiteure der Raubprivatisierung der neunziger Jahre scheinbar in ihre Schranken verwiesen worden sind.

Wenn man Äußerungen Putins zu Beginn seiner Amtszeit ernst nehmen will, wollte er die Autorität des Staates (die so genannte „Vertikale der Macht“) stärken, um den nötigen Reformprozess zuverlässig und geordnet weiterführen und erfolgreich gestalten zu können.

Ausbau der Autokratie

Geworden ist daraus – mit einem deutlichen Schub in dem Jahr seit der Duma-Rede im April 2005 – der Ausbau eines autokratischen Systems, bei dessen Betrachtung der Streit um die Frage, ob es sich um ein autoritäres oder halb-autoritäres System handelt, nur noch akademischen Charakter hat. Der politische Wettbewerb ist weitgehend ausgeschlossen, Selbstorganisation gesellschaftlicher Gruppen und Bereiche zusehends unmöglich. Aus der Betonung der Rolle des Staates wird mehr und mehr nationalistiche Gehabe, das die Großmachttrolle der Sowjetunion auf Russland zu projizieren versucht. Die Staatsdominanz in der Wirtschaft verhindert eine positive Strukturveränderung jenseits der Rohstoff-Einnahmen. Die Bürokratie ist noch mächtiger geworden und übt ohne öffentliche Kontrolle Macht aus, die deutliche Kennzeichen altbekannter Willkür zeigt. Rückkopplung mit gesellschaftlichen Gruppen und Kontrolle durch Rechtfertigungzwang vor Öffentlichkeit und Parlament oder öffentliche Kritik findet kaum noch statt.

Putins Russland ist zu einem Petrostaat des bürokratischen Staatskapita-

lismus mit gestiegenem Korruptionsfaktor geworden, der die Loyalität seiner Bürger durch konservative Reformverweigerung und öffentliche Leistungen erkauft, die nur aufrechtzuerhalten sind, weil die Exporterlöse aus Öl- und Gasexporten deutlich gestiegen sind. Die daraus entstehenden Effekte sind für den Kreml bis 2008 – dem Jahr der nächsten Präsidentenwahl – durchaus kalkulierbar und werden deshalb konsequent genutzt.

Nachdem in der ersten Amtsperiode Putins der Einfluss der Sicherheitsorgane und des Militärs zugenommen hat, die föderale Struktur Russlands kremlverträglich umgestaltet, das Wahlrecht gegen eine liberale Opposition umgebaut und die Medien schrittweise in den Griff genommen wurden, stärkte Putin den Staatseinfluss auf die Wirtschaft. Die „Renationalisierung“ von Yukos-Oil hat nicht nur die „Oligarchen“ politisch domestiziert und auf den ihnen von Putin zugesuchten Platz verwiesen, sondern auch durch den Zugriff auf finanzielle Ressourcen den Präsidenten vorübergehend vom Reformzwang befreit.

Repressionen gegen die Zivilgesellschaft

Mit Beginn der zweiten Amtszeit Putins sandte der Präsident eine Vielzahl von Signalen aus, nach der Stärkung der „Vertikalen der Macht“ nun an die Entwicklung der russischen Demokratie und der Zivilgesellschaft zu gehen. Die komfortable Lage mit einer unangreifbaren und aus dem Kreml steuerbaren Mehrheit in der Staatsduma hätte dazu eine Fülle von Möglichkeiten geboten.

Stattdessen wird das Gesetz über die Nichtregierungsorganisationen auch nach der „offenen Debatte“, der Berücksichtigung von Empfehlungen des Europarates und den beschwichtigenden Worten des Präsidenten nicht anders denn als Repressionsinstrument eingesetzt. Die ersten Erfahrungen mit der An-

wendung des Gesetzes lassen keinen Zweifel mehr an Putins wenig demokratischen Absichten. Nach dem Versuch, mit der „Gesellschaftskammer“ die gesellschaftlichen Organisationen in die Machtvertikale einzuordnen, ist das NGO-Gesetz nun das Mittel zur Einschüchterung und Begrenzung möglicher kritischer oder gar oppositioneller Gruppen. Nach der einfachen Gleichung – demokratischer Einfluss aus dem Ausland sei wie in der Ukraine von westlichen Geheimdiensten gesteuert – wird jede Hilfe und Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen und Gesellschaften aus dem Ausland als verdächtig und gefährlich eingestuft. Die „Gesellschaftskammer“ hat bisher nicht den Nachweis erbracht, dass sie als Sprachrohr gesellschaftlicher Gruppen den Freiraum für demokratische, zivilgesellschaftliche und politische Arbeit jenseits des Machtapparates vergrößern könnte.

Begleitet wird diese neue Repression gegen Partizipation und Selbstorganisation, also gegen die Grundlagen der Demokratie-Entwicklung, durch weitere Inbesitznahme der elektronischen Medien. Alle Maßnahmen tragen dazu bei, den Staatsapparat, die Bürokratie und den Sicherheitskomplex aus Armee, Polizei, Geheimdiensten und dem Innenministerium für die Bürger als allmächtig und bedrohlich erscheinen zu lassen. Das Gefühl, erneut hilf- und rechtlos ausgeliefert zu sein, sich selbst „einordnen“ zu müssen, wenn man für sich und die seinen Zukunft haben will, nimmt deutlich spürbar zu. Längst wird das Wort von der „Sowjetunion mit Kapitalismus“, das anfangs als völlig übertrieben und polemisch empfunden wurde, als der Wirklichkeit schon näher angesehen.

Putins Rede zur Lage der Nation ließ zwar die Hoffnung aufkeimen, er mache Ernst mit seinen Absichtserklärungen in Sachen Demokratie. Seither ist allerdings kein Schritt getan worden, der positiv zu

bewerten wäre. So gesehen erstaunt es den neutralen Beobachter kaum, dass es Putin in seiner neuen Rede zur Lage der Nation vom 10. Mai 2006 tunlichst vermieden hat, Inhalte seiner Rede von 2005 wieder aufzugreifen. Nur knapp erinnert er an die in Russland immer noch offensichtlich stark verbreitete Korruption, bei deren Bekämpfung er mangelnden Erfolg einräumt. Darüber hinaus wendet er sich allerdings in seiner aktuellen Rede durchweg anderen Themen zu, die er – allem Anschein nach – für äußerst zeitgemäß und notwendig hält. So nennt er das demografische Problem Russlands als eines seiner wesentlichen Themenbereiche, dessen Lösung er in einer Erhöhung der Geburtenrate sieht. Mit seiner gedanklichen Neuorientierung entzieht er sich bewusst einer Diskussion über die unbefriedigenden Ergebnisse seiner Ankündigung vor der Duma vor einem Jahr.

Das Defizit an Demokratie ist dem Präsidenten und vielen, die sich heute bereits wieder anpassen, unverkennbar bewusst. In Diskussionen wird der Vorwurf nicht abgewehrt, sondern nur um Verständnis geworben. Spürbar ist die große Angst vor einer „irgendwie gefärbten“ Revolution nach dem Vorbild Georgiens oder der Ukraine.

Angst vor Veränderung

Trotz der guten wirtschaftlichen Zahlen – Wachstum knapp fünf Prozent, um Energie bereinigt zwei Prozent (Industriewachstum), zwanzig Prozent Steigerung des Konsums, durchaus verträgliche elf Prozent Inflation und eine (offizielle) Arbeitslosenrate von acht Prozent bei zwei Millionen offenen Stellen –, trotz der Vermeidung harter Reformen und steigender Ausgabenprogramme zur Befriedigung bestimmter Gruppen statt nötiger Strukturveränderungen und außerordentlich beruhigender Umfragen für Putin steht über allen Überlegungen bereits die Frage: Wer kommt nach Putin? Es gibt die

Furcht vor dem Übergang. Es ist nicht klar, ob der Übergang ohne Machtkämpfe innerhalb der neuen Führungszirkel gelingen kann. Die Vorbereitung auf den Tag X der Präsidentschaftswahl scheint das Land in einen Zustand versetzt zu haben, die jede weitere Veränderung verdächtig macht und jede politische Aktivität außerhalb des Machtbereichs des Präsidenten und der Bürokratie gefährlich erscheinen lässt.

Pessimistische Perspektive

Der Ausblick ist wenig optimistisch: Russland hat unter Putin ein politisches System entwickelt, das formal demokratisch, in Wirklichkeit zunehmend autoritär ist. Zwar sind – auch regional unterschiedlich – ermutigende demokratische Elemente vorhanden, das bestehende System scheint aber unter einem Nachfolger Putins „weitgehend nicht mehr demokratisch reformierbar“ (so ein russischer Hochschullehrer in einem Vortrag bei der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. in Berlin am 7. März 2006).

Aber natürlich sind auch in Russland Veränderungen nicht ausgeschlossen. Zwar gibt es zurzeit wenige Chancen für einen Pluralismus außerhalb der Regierungspartei, allerdings fehlen auch wichtige gesellschaftliche Voraussetzungen dafür. Konflikte innerhalb des Machtapparates werden eher wahrscheinlicher. Die Wahrnehmung der Bürger würde dadurch schnell wieder verändert. Die Grenze zu neuem Parteiterror nach Art der KPdSU zu überschreiten werden sich die politisch Handelnden schon wegen ihres internationalen Ansehens nicht erlauben. Russland möchte trotz aller Eigenarten anerkanntes Mitglied im „Club der Großmächte“ sein. Es ist auch nicht auszuschließen, dass es in einem möglichen Streit um die Putin-Nachfolge schneller als gedacht zu Alternativen und Fraktionierungen kommt. Unübersehbar ist auch das Bestreben der „Retortenpar-

teien“ in der Duma, sich programmatisch und politisch für die Augen der Wähler als Richtungsalternativen aufzubauen.

Ermutigende Unzufriedenheit

Ermutigend ist der hohe Grad an Unzufriedenheit mit der allgegenwärtigen Korruption, der Zuteilung von Lebenschancen durch die Politik und der Abhängigkeit beruflicher Karrieren von der Partei des Präsidenten. Vor allem aber zeigt sich immer wieder, dass die Bevölkerung ein starkes Empfinden für Recht und Gerechtigkeit und für Menschenrechte entwickelt und an als wirklich wichtig empfundenen Stellen auch die Kritik an der Regierung nicht scheut. Beispiele dafür sind die Sensibilität der Bürger nach den Terrorakten in Beslan, aber auch die Reaktionen auf die schwer wiegenden Menschenrechtsverletzungen in der Armee.

Bei aller Kritik an den Zuständen in der Russischen Föderation haben die „Wahlen“ in Belarus und die offene Unterdrückung der dortigen Opposition doch auch den Unterschied zwischen beiden Ländern gezeigt. Die russischen Eliten – wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche – werden sich das Rechtaufreie Rede nicht mehr nehmen lassen. Bedauerlich ist, dass Präsident Putin entgegen anderer Ankündigungen die demokratischen Bestrebungen in seiner Bevölkerung nicht ermuntert, sondern begrenzt. Um so wichtiger ist bei aller Bereitschaft zur inten-

siven Zusammenarbeit mit Russland die Parteinahme für demokratische Gruppen und Initiativen, wie sie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch in Moskau gezeigt hat und wie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen bei ihren Gesprächen in Berlin sie auch deutlich eingefordert haben (vergleiche zum Beispiel „Russische Organisationen werben in Berlin um Hilfe gegen Putin. Gegängelte Menschenrechtler“, in: *Handelsblatt* vom 1. Juni 2006).

Im Übrigen kann man auch bei diesem Thema Putin beim Wort nehmen. In seiner Rede vor der Duma sagte er am 25. April 2005: „Die staatlichen Autoritäten müssen sich von Missbrauch administrativer Hebel fern halten und daran mitarbeiten, Möglichkeiten zur Entwicklung von wirklich demokratischen Institutionen in unserem Land zu eröffnen.“ Vom genauen Gegenteil muss man nun leider bei der Umsetzung des NGO-Gesetzes ausgehen.

Eine kritische Russlandpolitik Deutschlands muss deshalb Zusammenarbeit und Kritik, Ermunterung und Anreize enthalten. Es gibt keine Alternative zu dauerhaften engen, immer mehr Menschen einbeziehende Beziehungen zwischen Deutschland und Russland.

Der Verfasser des Beitrages ist Herausgeber einer Buchpublikation mit dem Titel „Russland unter Putin. Weg ohne Demokratie oder russischer Weg zur Demokratie?“, Athena-Verlag, Oberhausen 2005.

Nachhaltige Einflussnahme

„Eine breite gesellschaftliche Diskussion über Deutschlands Rolle in der Welt ist überfällig. Deutschland muss mehr selbst gestalten und aktiver werden, neue Leitideen und Schlüsselinteressen entwickeln, die allerdings klug in Balance zum europäischen Gemeinschaftsinteresse gehalten und verfolgt werden müssen. Deutschland muss auf diesem Wege wieder zum Stabilitätsanker der postmodernen europäisch-atlantischen Welt werden, weil es nur so im eigenen Interesse in den klassisch-modernen und vormodernen Sphären nachhaltig Einfluss nehmen kann.“

Christian Hacke am 8. Juni 2006 im *Rheinischen Merkur*.